

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

II. Jahrgang.

Berlin, Montag, den 15. Oktober 1883.

N^o 100.

Am Rhein und an der Seine.

Raum jemals früher ist der Gegensatz zwischen deutschen und neufranzösischen Zuständen so scharf zu Tage getreten, wie während der letzten Woche des vorigen Monats. Für den bewältigenden Eindruck, den das auf den Höhen des Niederwalds gefeierte Nationalfest nicht nur auf unbefangene, sondern auch auf befangene, uns feindlich gesinnte Zuschauer gemacht hat, liegt ein geradezu klassisches Zeugniß in dem Berichte vor, den ein Berichterstatter der Pariser Zeitung Temps veröffentlicht hat. Ein zweiter Bileam war dieser französische Schriftsteller in nichts weniger als freundlicher Absicht nach Rüdesheim gekommen: den Anblick des greisen Heldenkaisers, den patriotischen Jubel der Bevölkerung, die ohne Rücksicht auf Unterschiede des politischen und des religiösen Bekenntnisses aus allen Theilen des Vaterlandes zusammengeströmt war, um einträchtigen Sinnes das nationale Fest zu feiern und sich an der erneuerten Herrlichkeit des Vaterlandes zu freuen, — diesem Anblick hat auch der ehrliche Franzose nicht widerstehen können, dem jede Erinnerung an das Jahr 1870 einen Stachel in das Herz drücken mußte. Auch er hat bekennen müssen, daß es etwas Großes und Herrliches um die Eintracht eines mächtigen seinem Herrscher in Wahrheit ergebenen Volks sei und daß eine Freude am Vaterlande, die sich von Selbstüberhebung und von Mißachtung des Auslandes fern zu halten wisse, auch dem Fremden Achtung abgewinne. Zwischen den Zeilen dieses Berichts aber steht so deutlich, als in einem französischen oder republikanischen Journal möglich war, geschrieben, daß der Verfasser wohl weiß, daß die moralischen und politischen Errungenschaften, deren Feier es auf dem Niederwaldfeste galt, mit den deutschen Institutionen und mit dem geweihten Träger derselben in einem Zusammenhange stehen, der unauflöslich genannt werden muß.

Als dieser Festbericht der französischen Lesewelt übergeben wurde, stand dieselbe unter dem vollen Eindruck der traurigen Pariser Ausschreitung gegen den vom Rhein an die Seine gekommenen König von Spanien. Dieser Fürst mußte in Paris Zeuge von Stimmungen und Zuständen der bedenklichsten Art sein! namens eines Patriotismus, der sich nur all zu leicht zu Fremdenhaß und nationaler Selbstüberhebung steigert, war er, der königliche Gast des französischen Staats, in noch nicht dagewesener Weise angegriffen und beschimpft worden. An der ihm angethanenen Beleidigung hatten Zuchtlosigkeit, Feindschaft gegen die bestehende Regierung und Intriguensucht der Parteien gleich großen Antheil gehabt und die Folgen davon drohten das Gefüge des Staates zu erschüttern. Mit solcher Heftigkeit standen die Gegensätze einander gegenüber, daß alle Rücksichten der Loyalität, der nationalen Würde und des eigenen Interesses wenigstens für den Augenblick vergessen zu sein schienen, und daß darüber gestritten werden konnte, ob bei den Regierenden oder den Regierten — bei der Presse, bei gewissen Parteiführern oder bei den Tumultuanten selbst die Hauptschuld an dem Vorgefallenen zu suchen sei. Aus dem Munde französischer Beurtheiler erfuhr der junge Fürst dann, daß es sich (wie eines der führenden Pariser Blätter der republikanischen Partei dieser Tage gesagt hat) nicht um einen vereinzelt Ausbruch misleiteter Volksleidenschaft, sondern um das Ergebnis eines Zustandes der Autoritätslosigkeit, des Parteienhasses und der Vorherrschaft einer Presse handele, die In- und Ausland gegen jede bestehende Ordnung, gegen jede Unterwerfung unter ein höheres Gesetz ankämpfe. An die Stelle der Einheit und Geschlossenheit, die sonst der Stolz und die Hauptquelle der Macht Frankreichs gewesen, drohe eine Zerfahrenheit zu treten, gegen welche die Regierung vergebens ankämpfe. Das parlamentarische System und der Grundsatz, nach welchem die Regierung ein Ausschuß der Mehrheit sein solle, schienen zur Re-

gierungslosigkeit führen zu sollen, weil es keine bestimmte Mehrheit gebe. Der Mangel einer Allen gemeinsamen, von Allen anerkannten Autorität, bedrohe die Republik und ihre Ordnungen mit der Gefahr einer Auflösung. — So ist von kundigen Franzosen selbst geurtheilt worden.

Haben wir nöthig, zwischen den Zuständen die Parallele zu ziehen, welche der spanische Monarch diesseit und jenseit der Bogen gefunden hat? Bedarf es einer Erklärung der zwischen hüben und drüben obwaltenden Verschiedenheiten, damit der Deutsche zu einer dankbaren Erkenntniß dessen gelangt, was er an der festen, auf Geseßlichkeit, Liebe und Vertrauen gegründeten Ordnung seines Vaterlandes und was er an dem Throne besitzt, vor welchem sich Alles in Ehrfurcht beugt, was auf den deutschen Namen überhaupt Anspruch erhebt?

✠ Die Ausgaben für das Heer.

Den Hauptstützpunkt der fortschrittlichen Opposition für ihre Angriffe gegen die Regierung hat von jeher die Behauptung gebildet, daß sie zur Befriedigung der militärischen Bedürfnisse zu viel Geld verwende und daß die Kosten für das Militär nicht nur unverhältnißmäßig wachsen, sondern auch die Befriedigung aller anderen culturellen Bedürfnisse weit in den Hintergrund drängen. Zum Ueberdruß wird noch behauptet, daß Preußen, bezw. Deutschland mehr als die Nachbarstaaten unter der Militärlast „seufze“. Die Verminderung der Militärausgaben war vor zwanzig Jahren die Parole der Opposition, und ebenso bildet auch heute wieder die Forderung nach „Ersparnissen in der Militärverwaltung“ das A und O aller fortschrittlichen Politik.

Wir wollen auf das im Interesse der Machtstellung und Unabhängigkeit Deutschlands Gefährliche dieser Forderung, welches sich aus der geographischen Lage unseres Landes und aus dem Stande der Wehrkraft der Nachbarländer von selbst ergibt, nicht näher eingehen, da es überflüssig sein dürfte, auf der Hand liegende Dinge erst zu beweisen. Auch brauchen wir nicht den veralteten, schon hinlänglich widerlegten Ansichten von der Unproductivität der Ausgaben für das Heer entgegenzutreten. Wohl aber ist es nöthig, den Behauptungen der Fortschrittspartei über das Anwachsen und über die Unverhältnißmäßigkeit der Militärausgaben zu den Ausgaben für andere Zwecke und im Vergleich zu anderen Ländern, Behauptungen, mit denen sie ihre Forderung wegen Ersparnisse in der Militärverwaltung begründet, etwas näher zu treten. Denn viele Leute, auch solche, welche um keinen Preis an den bestehenden Militärverhältnissen gerüttelt sehen möchten, nehmen jene Behauptungen für baare Münze: ein oberflächlicher Blick auf die steigenden Statsziffern der Militärverwaltung sowie die Thatsache von der Vortrefflichkeit und Ueberlegenheit unseres Heeres verleiten leicht dazu, an die Gächtheit derselben zu glauben.

Und doch sind jene Behauptungen grundfalsch. Das Irrthümliche und Unwahre derselben ziffermäßig und unwiderlegbar nachgewiesen zu haben, ist das Verdienst des bekannten Finanzstatistikers Philipp Gerstfeldt. Derselbe hat es unternommen, die sämmtlichen Ausgaben der Civil- und Militärverwaltung Preußens seit 1821 neben einander zu stellen und dieselben in Bezug auf ihr procentuales Wachstum unter sich sowohl wie mit denen Frankreichs und Großbritanniens zu vergleichen. (Die Ausgaben, welche Reichs Sache sind, sind nach der Bevölkerungsziffer auf Preußen reducirt und mit den etatmäßigen Ausgaben des preußischen Staates combinirt worden.) Die Resultate der gewissenhaften Untersuchung sind folgende:

Die Kosten der gesammten Civilverwaltung haben betragen im Jahre 1821 rund 59 Millionen Mark, die der Militärverwaltung 68 Millionen; 1851: 111 bezw. 79; 1861: 128

bezw. 127; 1873: 303 bezw. 230 und 1883—84: 362 bezw. 274 Millionen Mark.

Die Ausgaben sind also in beiden Verwaltungen, und zwar selbstredend, an sich gestiegen, was namentlich bei der Militärverwaltung auch schon wegen der für die Marine hinzugekommenen Ausgaben natürlich ist. Dagegen haben die Ausgaben für die Civilverwaltung diejenigen der Militärverwaltung mehr und mehr überflügelt. Von den Gesamtausgaben entfallen auf die Civilverwaltung im Jahre 1821: 46,3 Procent, auf die Militärverwaltung 53,7 Procent; 1851: 54,1 bezw. 38,7 Procent; 1861: 47,0 bezw. 46,8 Procent; 1873: 53,8 bezw. 40,9 Proc. und 1883—1884: 53,6 bezw. 40,5 Procent. Die Ausgaben für die Militärverwaltung zeigen also nach einer Steigerung im Jahre 1861 rückfichtlich der Gesamtausgabe eine fallende Bewegung, während die Ausgaben für Civilzwecke eine fortwährende Steigerung zeigen. Also nicht der Aufwand für die militärische Machtstellung hat in den letzten Jahrzehnten alle finanzielle Kraft des Staates verschlungen, sondern im Gegentheil: die Ausgaben für Civilzwecke sind bedeutend rascher gewachsen als die Kosten der Landesvertheidigung.

Was nun weiter die gleichen Verhältnisse Frankreichs und Großbritanniens anbelangt, so ist das Jahr 1882 als Vergleich herangezogen worden, und hier ergibt sich, daß, während Preußen von den gesammten staatlichen Nettoausgaben 53,9 Procent für Civilzwecke und nur 40,5 Procent für Militärzwecke verwendet, Frankreich nur 49, 2% für Civil, aber 45,9% für Militär, und Großbritannien sogar nur 37,5% für Civil und 56,6% aller seiner Staatsausgaben für Militär verbraucht. Preußen (und in gleichem Verhältniß Deutschland) giebt also verhältnißmäßig weit mehr für Civilzwecke aus. Aber auch an sich wird Preußen in Bezug auf Militärausgaben von Frankreich und Großbritannien weit übertroffen. Pro Kopf der Bevölkerung giebt Preußen für Militärzwecke nur 9,91 Mark aus, Frankreich dagegen 21,65 Mark und Großbritannien 15,51 Mark.

Die fortschrittlichen Behauptungen von der unerschwinglichen Militärlast, welche die Befriedigung aller übrigen Culturzwecke in den Hintergrund stelle und Preußen (bezw. Deutschland) viel mehr Opfer auferlege, als den übrigen Culturstaaten, Behauptungen, die nur gar zu leicht geglaubt wurden, sind — wie sich jetzt herausstellt — nichts als Märchen, zu dem Zweck erfunden, den fortschrittlichen Idealen von Abrüstung, Ersparnissen in der Militärverwaltung und Errichtung eines möglichst billigen parlamentarischen „Volksheeres“ Eingang zu verschaffen. Was es mit diesen „Idealen“ auf sich hat, können wir auf sich beruhen lassen; die „freien“ Engländer und Franzosen denken in diesem Punkte jedenfalls praktischer als der deutsche Fortschrittmann. Daß aber die Begründung und Befürwortung dieser fortschrittlichen „Ideale“ auf Irrthum und Unwahrheit beruht, ist jetzt eine erwiesene Thatsache. Die Fortschrittler werden daher gut thun, uns nicht mehr mit solchen und ähnlichen Märchen zu kommen!

Die Berliner Gemeindevahlen.

Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend dieser Woche (am 18., 19. und 20. October) finden die Neuwahlen für die Berliner Gemeindevertretung statt. Dieselben sind bekanntlich zu dem Zweck angeordnet worden, dem Mißverhältniß ein Ende zu machen, welches aus der bisherigen, nur den alten Einwohner- und Ortsverhältnissen von Berlin entsprechenden Wahlbezirkseinteilung entsprungen war und eine gleichmäßige Vertretung aller Wahlberechtigten verhindert hatte. Es gab keinen anderen practischen Ausweg, als zur Auflösung der bisherigen Stadtverordnetenversammlung zu schreiten, vorher jedoch neue Wahlbezirke festzustellen und in diesen Neuwahlen vorzunehmen, damit an dem Tage, wo die Auflösungsmaßregel in Kraft tritt — am 1. Januar 1884 — sofort die neue Stadtverordnetenversammlung in ihre Functionen treten kann. Jrgend welche politischen Beweggründe waren für die Wahl dieses Weges nicht maßgebend. Für alle Fernstehenden, die sich um die communalen Verhältnisse Berlins weniger interessieren, war es nicht einen Augenblick zweifelhaft, daß die Politik hierbei keine Rolle spielte, und die Gleichgültigkeit, mit welcher man im Lande — trotz aller gegentheiligen

Machinationen — der Berliner Wahlbewegung zugeschaut hat, beweist zur Genüge, daß außerhalb Berlins nicht die Meinung herrscht, als ob die bevorstehenden Gemeindevahlen in Berlin irgend welche Bedeutung für die politischen Verhältnisse der Hauptstadt oder gar des ganzen Landes haben könnten.

Freilich aber hat der Verlauf der Wahlbewegung gezeigt, daß in Berlin selbst auf allen Seiten das Bestreben vorherrscht, den Wahlen eine Bedeutung zu geben, welche sie thatsächlich nicht haben. Die Parteien suchten vornehmlich das politische Interesse der Jhrigen zu beleben und holten ihre Waffen aus dem Arsenal der Tagespolitik und vornehmlich der Wirthschaftspolitik, als ob es sich darum handele, auf dem Boden Berlins eine Entscheidungsschlacht zu schlagen, von welcher das Wohl und Wehe des ganzen Landes abhängt.

Die Fortschrittspartei war die erste, welche in die Wahlbewegung politische Momente einführte. Statt sich den rein praktischen Erwägungen von der Zweckdienlichkeit der Auflösungsmaßregel, die von fortschrittlicher Seite früher selbst empfohlen war, zugänglich zu erweisen, suchte sie dieselbe als aus politischen Motiven hervorgehend und als gegen sie selbst gerichtet darzustellen. Selbstverständlich konnte sie sich nicht enthalten, darin „Reaction“ zu erblicken und die Bürger zur Vertheidigung der „Freiheit“, will sagen zur Wiederwahl fortschrittlicher Stadtverordneten aufzurufen. Es könnte dies fast als ein Beweis dafür gelten, daß die gegenwärtig herrschende Partei in der Stadtverwaltung ihre Aufgabe in der Bethätigung politischer und zwar fortschrittlicher Principien erblickt. Der lebhafteste Eifer der Fortschrittspartei, für die Erhaltung ihres Besitzstandes zu sorgen, hat naturgemäß eine nicht minder lebhaftere Gegenwirkung anderer politischer Parteien — der conservativen Bürgerpartei und der Arbeiterpartei — hervorgerufen, und hiermit war der politische Charakter der Wahlbewegung entschieden. Dieselbe hat sich von rein politischen Wahlen schließlich durch nichts unterschieden, weder durch den Inhalt der Fragen, um die sich die Parteien stritten, noch durch die Heftigkeit der Polemik. Der Sieg wird vermuthlich in gleicher Weise ausgebeutet werden, schließlich aber doch über die Grenzen der Stadt hinaus keine große Bedeutung erlangen.

Leider ist hierüber mehr und mehr der eigentliche Zweck der Neuwahlen in den Hintergrund getreten. Gleichwohl kann derselbe trotz allen politischen Eifers nicht aus der Welt geschafft werden, und wie auch die Wahlen ausfallen werden, so wird dadurch doch jener Zweck erreicht werden, nämlich eine den Ortsverhältnissen und der Einwohnerzahl Berlins entsprechendere und gerechtere Vertretung der Gemeinde herbeizuführen. Und dies wird auf alle Fälle ein Gewinn sein; denn es kommt damit endlich eine Angelegenheit zum Abschluß, die schon seit vielen Jahren ein Gegenstand der Sorge Aller ohne Unterschied der Parteifarbe war.

Welche Richtung aber auch dabei den Sieg erhalten wird, so dürfte der lebhafteste Kampf der Meinungen doch erfrischend und fördernd auf die städtischen Interessen eingewirkt haben: es sind so manche Dinge zur Sprache gekommen, denen näher zu treten die ungestörte Macht der Trägheit früher keine Veranlassung genommen hatte — wir erinnern namentlich an die Miethsteuer, wie überhaupt an die bisherigen Grundsätze der Berliner Steuerverwaltung —, und die vermuthlich nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden werden, bis sie eine befriedigende Lösung gefunden haben. Wenn sich der Eifer der kämpfenden Parteien mit der Wahlentscheidung selbst gelegt und die mit manchen unerquicklichen Ausschreitungen verbundene Wahlagitation aufgehört haben wird, dürfte eine ruhige Betrachtung der Verhältnisse überall zu der Ueberzeugung führen, daß die Neuwahlen für die Berliner Gemeindevertretung eine Nothwendigkeit und für die Stadt von Vortheil waren.

Verbildet.

Das Pariser Unterhaltungsblatt „Figaro“ veröffentlichte neulich eine Reihe ziemlich frivoler, aber außerordentlich witziger Aufsätze, welche das Verhalten eines nach neufranzösischen Principien mit Anatomie, Psychologie, Philosophie u. s. w. vollgepropften jungen Mädchens in den verschiedenen entscheidenden Lebenslagen schilderten. Die dabei verfolgte Absicht war, den

Wibe
positi
der S
an e
beruf
der f
licher
Vorz
Berh
natu
wiß
selbst
den
so f
und
zur
stehe
deut
klein
Mül
Geb
wirf
zu l
dene
drüc
höch
auf
die
vori
zum
we
har
reiß
eine
sie
juch
mit
Mi
jung
gan
was
Zw
in l
Gel
trit
in
dull
zu
scha
wie
frei
schr
ber
zu
Ar
wer
besi
ber
gef
W
vor
wi
der
un
M
Di
er
ab
un
ih
zu

Widerfirt einer religionslosen, ausschließlich auf Vermehrung positiver Kenntnisse gerichteten Mädchenerziehung, wie sie Dank der Bemühungen der Radicalet in Frankreich Mode geworden ist, an einem Beispiel nachzuweisen und daran zu erinnern, daß das berufene System der Klostererziehung, welches auf die Ausbildung der sittlichen und nicht der intellectuellen Eigenschaften des weiblichen Geschlechtes das Hauptgewicht legte, seine entschiedenen Vorzüge gehabt habe. Mädchen, die über alle, auch die heikelsten Verhältnisse des Lebens zu raisonniren und geschichtliche oder naturwissenschaftliche Erfahrungen auf dieselben anzuwenden wußten, taugten weder für das Elternhaus noch für die Ehe; selbst in den günstigsten Fällen siehe diese Art der Bildung zu den im französischen Bürgerthum herkömmlichen Anschauungen in so peinlichem Gegensatz, daß Conflict unvermeidlich erschienen und daß die philosophirenden jungen Damen Alten und Jungen zur Last fallen mußten, weil sie nirgend hinpaßten.

Zwischen französischer und deutscher Mädchenerziehung bestehen so zahlreiche und tiefgehende Verschiedenheiten, daß eine deutsche Wiedergabe des von dem Figaro erzählten satyrischen kleinen Romans keinen Sinn hätte. Wohl aber würde es der Mühe verlohnen, wenn eine witzige deutsche Feder ein Mal die Gebrechen unserer Art von Mädchenerziehung und ihrer Einwirkungen auf das bürgerliche Leben in die Form einer Erzählung zu bringen versuchte.

Die allgemeine Klage, daß Jedermann über die Verhältnisse, in denen er geboren worden, hinaus wolle und daß dadurch der Herabdrückung des Mittelstandes und dem Wachsthum eines Proletariats der höheren Stände ein beständiger Vorschub geleistet werde, — läßt sich auf die weibliche Jugend in noch höherem Maße anwenden, als auf die männliche. Schon vor fünfundsanzig Jahren hat ein hervorragender deutscher Culturhistoriker darauf hingewiesen, daß die zunehmende Zerbröckelung unseres Mittel- und Handwerkerstandes wesentlich dadurch verschuldet werde, daß die Söhne wohlhabender Handwerker, Krämer u. s. w. nur noch ausnahmsweise zur Profession des Vaters griffen, die Töchter aber fast ausnahmslos eine Bildung erhielten, die es natürlich erscheinen lasse, wenn sie ihre künftigen Gatten außerhalb des Standes ihrer Eltern suchten. Für den deutschen Handwerker bleibe nur noch die Ehe mit dem Dienstmädchen übrig. — Seitdem hat in den Kreisen des Mittel- und Handwerkerstandes die Gewohnheit erheblich zugenommen, junge Mädchen mindestens zwei fremde Sprachen und außerdem eine ganze Anzahl Dinge lernen zu lassen, welche zur Schätzung dessen, was eine klein bürgerliche Existenz bietet, mindestens nicht beitragen. Zweck dieser Art von Bildung ist nicht Sicherheit und Meisterschaft in der Behandlung der eigenen, dem jungen Mädchen durch seine Geburt nahegerückten Verhältnisse, sondern Befähigung zum Uebertritt in die nächst höhere gesellschaftliche Etage. Und wenn man in derselben auch nur ein ganz bescheidenes, eigentlich nur geduldetes Plätzchen erlangt, so glaubt man dennoch besser daran zu sein, als wenn man auf der heimathlichen Sprosse der Gesellschaftsleiter einen Ehrenplatz einnimmt! Gedanken und Vorstellungen, wie die sog. höhere Bildung sie zeitigt, drängen einmal aus dem Dunstkreise der harten Arbeit des Lebens hinaus, während der wahre Fortschritt der Nation doch nur auf der Vervollkommnung dieser Arbeit beruht. Solcher Vervollkommnung würde es in höchstem Maße zu Gute kommen, wenn die tüchtigen, solide gebildeten weiblichen Kräfte des Mittelstandes demselben erhalten werden könnten und wenn die den Töchtern des Mittelstandes ertheilte Bildung die besonderen Bedürfnisse derselben in höherem Maße als bisher berücksichtigte. So lange eine Art von Bildung, welche auf angehende Erzieherinnen und Lehrerinnen, nicht aber auf weibliche Weisen berechnet ist, die für ihre eigene und ihrer Eltern Häuser vorgebildet und erzogen werden sollen, für das höchste Ziel gilt, wird darauf freilich nicht zu rechnen sein! Für Mädchen, die von dem künftigen Gatten Englisch und Französisch, Literaturgeschichte und Naturphilosophie verlangen, ist im deutschen Handwerker- und Mittelstande für jetzt und wahrscheinlich auch für künftig kein Platz. Die Hebung dieses Standes aber wird nach wie vor eine außerordentlich schwierige Aufgabe bleiben, so lange die Töchter desselben absichtlich aus der Atmosphäre ihrer Eltern herausgedrängt werden, und dadurch um die Möglichkeit gebracht werden, die Vortheile ihrer Bildung der eigenen Gesellschaftsklasse zu Gute kommen zu lassen.

Die Art und Weise, in welcher das alltäglich geschieht, würde einem Erzähler, der sich auf die Sache versteht, einen mindestens ebenso dankbaren Stoff liefern, wie denjenigen, dessen der Figaro sich bemächtigt hat.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Seine Majestät der Kaiser und König hat bestimmt, daß die Uebergabe der Ehejubiläums-Medaillen in denjenigen Fällen, in welchen eine kirchliche Feier des Ehejubiläums stattfindet, durch die Geistlichen zu erfolgen hat.

Seine Majestät der König hat genehmigt, daß die Graf von Raczynski'sche Gemälde-Sammlung in Berlin provisorisch in einem Theile des obersten Geschosses der National-Galerie aufgestellt werde.

Der Stadt Prenzlau ist zur Annahme der letztwilligen Zuwendung, welche ihr der verstorbene ehemalige Departements-Thierarzt und Dozent Kniebusch mit der Summe von 18,000 M zu Stipendien bezw. Unterstützungszwecken gemacht hat, und der evangelischen Gemeinde zu Cleve im Regierungsbezirk Düsseldorf zur Annahme der ihr von der daselbst verstorbenen unberechtigten Rentnerin Katharina Marie Kappenberg für die Diakonie testamentarisch vermachten Summe von rund 14,360 M die Landesherrliche Genehmigung ertheilt worden.

Der Leiter der zur Erforschung der Cholera nach Egypten entsandten deutschen wissenschaftlichen Commission, Geheimer Regierungsrath Dr. Koch, hat über die Arbeiten der Commission an den Staatssecretair des Innern einen Bericht (d. d. Alexandrien, 17. Sept.) erstattet, worin ausgeführt wird, daß Angesichts der Thatsache, daß beim Eintreffen der Commission in Egypten die Epidemie bereits im schnellen Abnehmen begriffen war, von vornherein der Plan gefaßt wurde, in Egypten nur die nöthigen Vorstudien zu machen, um diese, wenn die Epidemie sich nach Syrien verpflanze, dort weiter zu verwerthen. Der erste Theil des Planes hat sich allen Wünschen der Commission entsprechend ausführen lassen. Es wurden 12 Cholera-Kranke und 10 Cholera-Leichen untersucht und überall die echte asiatische Cholera gefunden. Die am meisten mit Mikroorganismen versehenen Stoffe wurden zu Ansteckungsversuchen an Thieren benutzt. Da die Leichen fast unmittelbar nach dem Tode untersucht wurden, war es möglich, zuverlässige Untersuchungen anzustellen. Sehr wichtige Resultate ergaben die Untersuchungen des Darms: es fand sich überall in den Wandungen desselben eine bestimmte Art von Bakterien, die stäbchenförmig sind und in Größe und Gestalt den bei der Rotzkrankheit gefundenen Bacillen am nächsten kommen. Die Bacillen waren in die Darmschleimhaut eingebrungen und hatten daselbst einen erheblichen Reiz ausgeübt; oft auch waren sie in das umgebende Gewebe eingedrungen; besonders war der untere Theil des Dünndarms inficirt. Die Bacillen können durch irgend welche Fäulniß nicht entstanden sein, da die Untersuchung an ganz frischen Leichen vorgenommen wurde. Daß sie mit dem Cholera-Processus in Verbindung stehen, kann keinem Zweifel unterliegen. Leider aber weiß man noch nicht, ob die Bacillen die Ursache oder die Folge der Cholera sind. Alle Ansteckungsversuche an Thieren (Mäusen, Affen, Hunden und Hühnern) sind erfolglos gewesen, — kein Thier wurde cholerafrank. Es ist zu vermuthen, daß die zu den Versuchen herangezogenen Thierarten für die Cholera überhaupt unempfindlich sind. Möglich aber ist es auch, daß gegen Ende der Epidemie der Infectionsstoff an Wirksamkeit einbüßt oder wenigstens unsicher in seiner Wirkung wird: denn auch in von der Cholera vollständig durchseuchten Orten erkranken immer weniger Menschen; es läßt sich also auch erwarten, daß ebenso wie die Menschen gegen Ende der Epidemie auf den Infectionsstoff nicht mehr reagiren, dies auch bei den Versuchsthieren der Fall ist. In Alexandrien können demgemäß weitere Untersuchungen nicht vorgenommen werden: das Resultat an sich aber ist schon erfreulich, daß Mikroorganismen entdeckt sind. Um aber zu weiteren praktischen Resultaten zu gelangen, sind Orte aufzusuchen, in denen die Cholera noch nicht im Erlöschen ist. In den Dörfern Ober-Egyptens, wo die Cholera noch Fortschritte macht, ist es unmöglich, das nöthige Material, namentlich Leichen zur Section zu bekommen. Aber auch in Syrien können die Untersuchungen, wie es ursprünglich im Plane lag, nicht fortgesetzt werden, da die Cholera dort keinen festen Fuß gefaßt hat. Die einzige Möglichkeit zur Fortsetzung der Untersuchung bietet sich zur Zeit nur in Indien, wo in mehreren großen Städten, insbesondere in Bombay, die Cholera noch in einem Umfange herrscht, daß ein baldiges Aufhören derselben nicht zu erwarten ist. Der Leiter der Commission hat demgemäß bei dem Herrn Minister beantragt, die Untersuchungen in Indien fortsetzen zu dürfen. Auf Grund dieses Berichts ist die Fortsetzung der wissenschaftlichen Untersuchungen in Ostindien genehmigt worden, und wird sich die Commission zu diesem Zwecke demnächst nach Bombay begeben.

Politische Tagesfragen.

† Nachdem der Staatsminister von Puttkamer bereits vor einiger Zeit die von dem Pastor von Bodelschwingh begründete Ackerbaucolonie Wilhelmsdorf bei Bielefeld besucht hatte, hat derselbe vor einigen Tagen auch die Arbeitercolonie Kästorf bei Gifhorn im Landdrosteibezirk Lüneburg besichtigt. Zum Empfange des Ministers, welcher von dem Unterstaatssecretair Herrfurth und dem Geheimrath Haase begleitet war, hatten sich außer dem Oberpräsidenten von Leipziger und verschiedenen anderen hohen Beamten der Provinz Hannover auch der Vorsitzende des Centralvereins für die Errichtung von Ackerbaucolonien in dieser Provinz Schagrath Müller aus Hannover und der Bürgermeister Thieler aus Gifhorn eingefunden. Unter der Führung des Schagraths Müller wurden die zur Unterbringung der Colonisten getroffenen baulichen Einrichtungen in Augenschein genommen, die einzelnen Arbeitsstätten besichtigt, und namentlich auch die Colonisten selbst sowohl während ihrer Thätigkeit auf denselben, wie auch bei dem gemeinschaftlichen Zusammensein in der Anstalt aufgesucht. Es konnten hierbei die überaus erfreulichen Erfolge an Ort und Stelle festgestellt werden, welche die Colonie trotz der verhältnißmäßig kurzen Zeit ihres Bestehens aufzuweisen hat. Von den zahlreichen arbeitslosen Leuten, die seit der Eröffnung der Colonie aufgenommen worden sind, haben nur drei die Versprechungen nicht erfüllt, welche sie bei ihrem Eintritt gegeben hatten, und aus der Colonie entfernt werden müssen. Alle übrigen haben sich der strengen Hausordnung willig gefügt und die ihnen übertragenen schweren und zum Theil ungewohnten Arbeiten mit Fleiß und Ausdauer verrichtet, so daß ein Theil derselben bereits anderweitigen Arbeitsverhältnissen hat übergeben werden können. Mit einem Gefühl berechtigten Stolzes kann der hannoversche Verein für ländliche Arbeitercolonien auf diese Erfolge zurückblicken, bei welchen ihm allerdings der Umstand zu Statten gekommen ist, daß Schwierigkeiten confessioneller Art, welche in anderen Landestheilen und namentlich auch in Westfalen der vollen Entwicklung der Arbeitercolonien manches Hinderniß bereiten, im Lüneburgischen mit seiner rein evangelischen Bevölkerung nicht zu überwinden waren. Inzwischen ist, wie bereits gemeldet worden, auch in der Provinz Schleswig-Holstein zu Ricklingen eine Arbeitercolonie eröffnet worden, während die Eröffnung einer solchen für die Provinz Brandenburg in Friedrichswille unmittelbar bevorsteht. Ebenso haben sich in den übrigen Provinzen Vereine für die Begründung von Ackerbaucolonien gebildet, deren Projecte zum Theil in der Ausführung begriffen sind. Zugleich wird überall an der Errichtung von Naturalverpflegungstationen gearbeitet. In einzelnen Regierungsbezirken, z. B. im Regierungsbezirk Minden, sind dieselben bereits in sämtlichen Kreisen zur Durchführung gelangt. So hat der Anstoß, den der hochverdiente Pastor von Bodelschwingh mit seinem „Wilhelmsdorf“ gegeben hat, in kürzester Zeit einen über alles Erwarten günstigen Wiederhall gefunden, und bald wird nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland in allen größeren Distrikten Arbeitercolonien besitzen, und zugleich mit einem Netz von Verpflegungstationen überzogen sein. Es wird dann der den Bestrebungen des Pastors von Bodelschwingh zu Grunde liegende Gedanke seine Verwirklichung finden und allen denjenigen, die durch unverschuldete Noth auf den Weg des Bagabondirens gerathen sind, in gewöhnlichen Zeiten ein Asyl bereitet werden, welches sie vor dem völligen Untergange bewahrt und ihnen bei ernstem und redlichem Willen die Möglichkeit gewährt, eine neue bessere Existenz zu begründen. Damit wird aber die Bagabondfrage, welche jetzt aller Welt zu schaffen macht, ihrer Lösung einen großen Schritt näher gerückt sein, und es wird sich in der Zukunft im Wesentlichen nur noch darum handeln, diejenigen, gegenwärtig an dem Mark des Volkes zehrenden Subjekte dauernd unschädlich zu machen, welche die ihnen angebotene Hülfe der freien Liebesthätigkeit zurückweisen, nicht, weil sie nicht arbeiten können, sondern weil sie aus Arbeitsscheu die Freiheit und Zügellosigkeit des Bagabondenthums einem arbeitsamen und ordentlichen Leben vorziehen.

Im Juli d. J. hatte der Reichskanzler bezüglich der durch die Gewerbeordnungsnovelle erforderlich gewordenen Ausführungsbestimmungen ein Schreiben an die Bundesregierungen gerichtet. Unter Berücksichtigung der darauf eingegangenen Rückäußerungen ist nun der Entwurf solcher Bestimmungen aufgestellt worden, welcher jetzt dem Bundesrath vorliegt. Derselbe betrifft vier Punkte. Der erste erklärt die Gold- und Silberwaaren-Fabrikanten und -Großhändler für befugt, auch außerhalb des Gemeindebezirks ihrer gewerblichen Niederlassung, sofern diese im Inlande liegt, persönlich oder durch Reisende Gold- und Silberwaaren an Personen, die damit Handel treiben, feilzubieten, vorausgesetzt, daß die Waaren übungsmäßig an die Wiederverkäufer im Stück abgesetzt werden. Dasselbe gilt von Taschenuhren- und Bijouteriewaaren-Fabrikanten und -Großhändlern, sowie von Gewerbetreibenden, welche mit Edelsteinen, Perlen, Rameen und Korallen Großhandel treiben. Dem Bundesrath ist durch § 44 der Gewerbeordnung die Befugniß beigelegt worden, solche Ausnahmen zu gestatten; daß in der vorstehenden Weise davon Gebrauch zu machen sei, erschien, um eine Schädigung wichtiger Industriezweige zu verhüten, umsomehr angezeigt, als § 56 des Gesetzes das Feilbieten von Gold- und Silberwaaren sowie von Taschenuhren im

Umherziehen verbietet, den betreffenden Gewerbetreibenden mithin fortan die Möglichkeit nimmt, auf Grund eines Wandergewerbescheines ihre Waaren an Wiederverkäufer abzusetzen. Die Ausdehnung jener Vergünstigung auf Fabrikanten von Bijouteriewaaren sowie auf Großhändler mit solchen oder mit Edelsteinen, Perlen zc. zc. entspricht der Tendenz eines Antrages, welchen eine der hauptsächlich bei dieser Frage beteiligten Regierungen in der bezeichneten Richtung gestellt hat. Der nach Zeichnung, Gewicht und Feingehalt stattfindende Handel mit silbernen Löffeln, Gabeln, Trinkbechern u. s. w. wird an der Vergünstigung nicht theilnehmen können, weil bei ihnen die Voraussetzung des Gesetzes, daß der Absatz an den Wiederverkäufer übungsmäßig im Stück erfolge, nicht zutrifft.

Der zweite Punkt bezweckt, die vom Bundesrath erlassenen Bestimmungen über den Gewerbebetrieb der Ausländer im Umherziehen mit den Vorschriften des Gesetzes vom 1. Juli d. J. in Einklang zu bringen. Eine weitere Verschärfung der durch die Bekanntmachung vom 7. März 1877 bereits eingeführten Beschränkungen jenes Gewerbebetriebes liegt nach der Ansicht der weit überwiegenden Mehrzahl der Bundesregierungen zur Zeit nicht im Bedürfniß. Es wird vielmehr eine überall gleichmäßige strenge Durchführung der gedachten Beschränkungen voraussichtlich genügen, um den durch den Hausirbetrieb der Ausländer, namentlich der Slovaken zc., noch hervorgerufenen Beschwerden abzuwehren. Insofern dieser Hausirbetrieb von festen inländischen Wohnsitzen aus stattfindet, bietet überdies der letzte Absatz des § 42 b eine Grundlage zu geeignetem Einschreiten dar.

Der dritte Punkt behandelt die Formulare für Wandergewerbescheine, deren drei dem Entwurf beigelegt sind, nämlich Formular A für Inländer und Ausländer in den Fällen des § 55 Ziffer 4 der Gewerbeordnung, und Formular B für Inländer, Formular C für Ausländer in den übrigen Fällen des Gewerbebetriebes im Umherziehen. Diese Formulare schließen sich an die durch den Bundesrathsbeschluß vom 21. Juni 1878 für die Legitimationskarte zum Gewerbebetriebe im Umherziehen festgestellten an, indem sie zugleich deren Fassung mit den Vorschriften des neuen Gesetzes in Einklang bringen.

Der vierte Punkt endlich enthält die Feststellung, daß die vorstehenden Bestimmungen vom 1. Januar 1884 zur Anwendung kommen sollen. Dies entspricht dem Artikel 15 des Gesetzes.

Von einer der Bundesregierungen ist noch der Antrag gestellt worden, es möge auch für Legitimationskarten für die inländischen Handlungsreisenden ein einheitliches Formular von Seiten des Bundesraths vorgeschrieben werden. Ob und eventuell in welcher Art diesem Antrage zu entsprechen sein möchte, wird der Beschlußfassung des Bundesraths anheimgegeben.

Zur Ausführung der Literarkonvention mit Frankreich sind Bestimmungen über die Eintragung und Stempelung der Exemplare von Schriftwerken zc. erforderlich, welche jetzt dem Bundesrath im Entwurf zugegangen sind. Gemäß den Bestimmungen der Uebereinkunft dürfen diejenigen beim Inkrafttreten desselben, den 6. November d. J., erlaubter Weise bereits hergestellten Exemplare an Werken der Literatur und Kunst, deren Herstellung nach der Uebereinkunft nicht mehr gestattet sein würde, auch fernerhin verbreitet und verkauft werden, vorausgesetzt, daß sie innerhalb dreier Monate, vom Inkrafttreten der Uebereinkunft ab gerechnet, amtlich abgestempelt werden. Unter der gleichen Voraussetzung darf der Druck solcher Exemplare, wenn deren Herstellung beim Inkrafttreten der Uebereinkunft erlaubter Weise im Gange ist, vollendet werden. Wer sich daher im Besitze solcher Exemplare befindet, hat dieselben bis zum 6. Februar 1884 einschließlich der Polizeibehörde seines Wohnortes zur Abstempelung vorzulegen. Sortimentbuchhändler, Kommissionäre, können solches Namens der Verleger thun. Die Polizei hat darüber ein genaues Verzeichniß aufzustellen. Ebenso dürfen bisher erlaubter Weise angefertigte Vorrichtungen, wie Stereotypen, Holzstöcke zc., während eines Zeitraums von vier Jahren noch zur Anfertigung von Exemplaren benutzt, müssen aber gleichfalls abgestempelt werden. Auch hierüber hat die Polizeibehörde ein genaues Verzeichniß zu führen. Ob die Herstellung der Exemplare zc. nach dem bisherigen Vertragsrecht erlaubt war, hat die Polizeibehörde nicht zu prüfen, dagegen hat sie die Stempelung zu verweigern, wenn sie ermittelt, daß die vollständigen oder angefangenen Exemplare oder Vorrichtungen erst nach dem 6. November 1883 hergestellt worden sind. Für die Eintragung und Abstempelung werden Kosten nicht erhoben.

Zu den bekannnten Aerbietungen, welche die Staatsregierung bereits vor längerer Zeit an sechs Privat-Eisenbahn-Gesellschaften für die Abtretung ihrer Unternehmungen gemacht, sind neuerdings noch solche an zwei weitere Gesellschaften gekommen.

Den Actionären der Dels-Gnesener Eisenbahn werden für ihre Actien Staatsschuldschreibungen der 4procentigen consolidirten Anleihe, und zwar für je 2 Stammactien zu 300 Mark Staatsschuldschreibungen zu 150 Mark und für je eine Prioritäts-Stammactie zu 600 Mark Staatsschuldschreibungen zu 450 Mark angeboten. Der

Hierzu eine Beilage.

Staat erhält alsdann das Recht, das Eigenthum der Bahn für 1 000 000 Mark- und Uebernahme der Schulden zu erwerben.

Den Actionären der Tilsit-Insterburger Eisenbahn werden für ihre Actien gleichfalls Staatsschuldschreibungen derselben Gattung angeboten und zwar für die Stammactien in gleicher Höhe wie der vorgenannten Gesellschaft und für die Stamm-Prioritäts-Actien zu 600 M. Staatsschuldschreibungen zu 600 Mark. Der Kaufpreis beträgt hier 3 889 000 Mark.

Eine Erhöhung beider Offerten wird als ausgeschlossen betrachtet. Wenn das bezügliche Abkommen mit beiden Gesellschaften rechtzeitig erfolgt, so könnte die erforderliche Vorlage noch in der bevorstehenden Session dem Landtage zugehen. Weitere Eisenbahn-Verstaatlichungsvorlagen werden für diese Session nicht beabsichtigt.

Was die Stellungnahme der anderen Gesellschaften zu den Offerten, die ihnen gemacht sind, betrifft, so hat die General-Versammlung der Altona-Kieler Bahn am 13. d. das Anerbieten der Regierung mit 455 gegen 270 Stimmen angenommen.

Die Reorganisation des Innungswesens nach Maßgabe der revidirten Gewerbeordnung macht überall weitere Fortschritte. So haben u. A. im Regierungsbezirk Marienwerder allein in den Monaten Mai bis Juli d. J. die Statuten von 13 Innungen die Bestätigung des Bezirksraths erhalten, nämlich die des Baugewerksvereins zu Thorn, die des Baugewerksvereins zu Graudenz, die der Gesammtinnung für die Gewerbetreibenden in Schönsee, die der Bäcker- und Pfefferkuchlerinnung in Thorn, die der Fleischerinnung in Löbau, die der Schuhmacherinnung an denselben Orte und die Statuten für fünf verschiedenartig zusammengesetzte Innungen in Krojante. Bei sämtlichen vorbezeichneten Innungen sind gewerbliche Schiedsgerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Meister und Gesellen bezw. Lehrlingen vorgesehen und zugleich Gesellenherbergen eingerichtet worden. In Schlochau und Dt. Chlau, wo reorganisirte Innungen bestehen, sind vorbereitende Schritte zur Begründung gewerblicher Fortbildungsschulen gethan worden. In verschiedenen anderen Städten werden Verhandlungen wegen Neugestaltung des Innungswesens mit Aussicht auf Erfolg geführt.

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Erfurt bezeichnet die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens für das Jahr 1882 im Großen und Ganzen als eine andauernd gedeihliche und gesunde. Fast in allen Branchen der Industrien des Bezirks hat der Erfolg der Jahresarbeit befriedigt, und Arbeitsstockungen sind nicht vorgekommen.

Von den einzelnen Geschäftszweigen wird u. a. besonders die Schuhfabrikation genannt, für welche das Jahr 1882 ein recht günstiges war. Einmal waren die Aufträge, welche einliefen, nicht allein ihrem Umfange nach durchaus befriedigend, sondern es wurden dieselben auch so gleichmäßig ertheilt, daß dadurch die Disposition bezüglich der Ausführung erheblich erleichtert und es möglich wurde, die Arbeiter vom 1. Januar ab bis zum 1. Oktober ununterbrochen im Vollbetriebe zu beschäftigen, und sodann wandte sich endlich die Nachfrage des Publikums wieder den guten und hochwerthigen Fabrikaten zu, so daß für dieses Jahr die seit einer Reihe von Jahren stehend gewordene Lage nicht wiederholt zu werden braucht, daß in Folge des Verlangens des Publikums nach billiger und geringwerthiger Waare die Gefahr des Rückganges der Erfurter Schuhindustrie nahe gelegt sei. Die Fabriken mußten die Leistungsfähigkeit der Arbeiter bis zur äußerst zulässigen Grenze anspannen, um die eingegangenen Lieferungs-Verbindlichkeiten zu erfüllen. Das zweite Quartal, in welchem der Betrieb der Fabriken der Regel nach wesentlich von dem Gange der Nachbestellungen abhängt, ist kaum minder günstig verlaufen. Es gingen Nachbestellungen in solcher Fülle ein, daß es den Fabriken nur bei unausgesetzt vollem und gleichmäßigem Betriebe möglich wurde, diesen Anforderungen Genüge zu leisten. Auch das dritte Quartal gestaltete sich durchaus zufriedenstellend und selbst für die letzten drei Monate des Jahres stellte sich die Umsatzziffer immer noch höher als in den Vorjahren. Unter diesen Umständen besserte sich auch die Lage der Arbeiter, da die ununterbrochene gleichmäßige Arbeit denselben reichlicheren Erwerb gewährte, wenn auch Lohn-erhöhungen noch nicht möglich waren.

Ueber das Sparkassenwesen in Dänemark erhalten wir folgende interessante Notizen:

In dem dänischen Gesetze vom 28. Mai 1880, betreffend die Spar- und Darlehnskassen, welches am 1. Januar 1881 in Kraft getreten ist, wurde die Anstellung eines direkt unter dem Ministerium des Innern ressortirenden Sparkasseninspectors angeordnet. Aus dem von diesem Inspector erstatteten, in der letzten „Ministerialtidende“ veröffentlichten Berichte, welcher den Zeitraum vom 1. April 1881 bis 31. März 1882 umfaßt, dürften folgende Angaben von Interesse sein:

Am Ausgang des Jahres 1880 belief sich die Anzahl der Spar-Kassen in Dänemark auf 466. Bis zum 31. März 1882 kamen 69 hinzu, während im Laufe des Jahres 16 eingingen, so daß an dem gedachten Tage 519 Sparkassen vorhanden und von welchen 21 Dere-sparkassen (Pfennigsparkassen) waren. Von den 498 eigentlichen Sparkassen befanden sich 138 in den Städten, 360 auf dem Lande, und bezw. 29 und 68 und 46 und 260 waren in den Jahren 1860—69 und 1870—79 errichtet.

Das gesammte, von den Sparkassen verwaltete Kapital belief sich am 31. März 1882 auf rund 354 Millionen Kronen, wovon etwa 335 Millionen Kronen Einfluß der Sparer, etwa 2 800 000 Kronen berechnete aber nicht zugeschriebene Zinsen und über 14 Millionen Kronen Reservefond waren. Von den 354 Millionen Kronen rührten 129 1/2 Millionen Kronen von Kopenhagen, 55 Millionen Kronen von dem übrigen Seeland, etwa 4 1/2 Millionen Kronen von Bornholm, 19 1/4 Millionen Kronen von Lolland-Falster, 54 Millionen Kronen von Jünn und 91 1/2 Millionen Kronen von Jütland her. — Die größten Sparkassen waren die Sparkasse „für Kopenhagen und Umgegend“ mit fast 56 Millionen Kronen, Jünens Stifts-sparkasse in Odense mit etwa 22 Millionen Kronen, die seeländische Bauernstands-sparkasse mit etwa 11 Millionen Kronen, Lollands Spar- und Leihbank in Nakskov mit 10 1/2 Millionen Kronen und Spar- und Leihbank für Alsborg und Umgegend mit 10 1/4 Millionen Kronen. — Die Anzahl der Sparer belief sich auf 572 350, wovon in Kopenhagen 190 742, in Jütland 176 718, auf Seeland (excl. Kopenhagen) 76 948, auf Jünn 75 324, auf Lolland-Falster 25 696, auf Bornholm 6935 u. s. w. Der Zinsfuß für die Einlage war bei 437 Sparkassen 4 Prozent, bei 10 3 1/2 Prozent, bei 9 nur 3 Prozent, bei 4 zwischen 3 und 3 1/2 Prozent, bei 7 zwischen 4 und 4 1/2 Prozent, bei 12 4 1/2 Prozent, bei 1 zwischen 3 1/2 und 5 Prozent und bei 16 verschieden von 1 und 4 Prozent bis zwischen 4 und 4 1/4 Prozent. Bei 69 Sparkassen war der Aktien- oder Garantiefond kontant einbezahlt. Außerdem sind die Gründer der meisten Landsparkassen solidarisch verantwortlich oder haben in einer oder der anderen Weise Garantie geleistet. — 440 Sparkassen hatten Reservefond. — Von dem gedachten Sparkassenskapital waren etwa 14 Millionen Kronen als Kassabestand vorhanden, 263 1/4 Millionen Kronen ausgeliehen, 71 1/2 Millionen Kronen in Obligationen und Aktien angelegt, 1 1/4 Millionen Kronen standen auf Grundstücken von 39 Kassen und 3 Millionen Kronen waren verschieden untergebracht. 377 Sparkassen haben mit einem Gewinn von 1 099 250 Kronen gearbeitet, 82 Kassen hatten einen Verlust von 40 000 Kronen und 9 Kassen haben weder Gewinn noch Verlust gehabt. — Von den 21 Dere-sparkassen (Pfennigsparkassen) haben 7 mit Gewinn, 5 mit Verlust und 8 weder mit Gewinn noch Verlust gearbeitet. Ueber 1 Kasse fehlt die Angabe. In diesen 21 Sparkassen standen am 31. März 1882 auf 1617 Konti 1539 Kronen.

Personalien.

Der Bezirksverwaltungsgerichts-Director Hermann Ernst Alexander Botho von Busch zu Königsberg ist zum Ober-Regierungsrath ernannt worden.

Der zum Landgerichts-Präsidenten ernannte Landgerichts-Director Simon von Zastrow hat sein Mandat zum Abgeordnetenhaus für den 3. Magdeburger Wahlbezirk niedergelegt.

Der Kreis-Deputirte, Rittmeister a. D. Leo von Schwichow auf Margoninsdorf, Kreis Colmar, ist zum Landrath ernannt worden.

Der bisherige Lehrer am Gymnasium zu Arnsherg, Oberschlehrer Hermann Gruchot, ist zum königlichen Gymnasial-Director ernannt worden und wird, wie wir hören, die Direction des Gymnasiums zu Braunschweig übernehmen.